

# Verloren im Niemandsland

**Jugend und Haft.** Kann Haft wirklich das Mittel der Wahl bei straffälligen Jugendlichen sein? Und was tun mit delinquenten Kindern?

RONALD ESCHER

**SALZBURG (SN).** „Jugendgefängnisse sind überflüssig“. Mit dieser – nach ihren eigenen Worten – provokanten These trat am Donnerstag die seit 36 Jahren in Wien als Jugendrichterin tätige Beate Matschnig bei einer Tagung der Expertengruppe „JuQest“ (eine Gründung von SOS-Kinderdorf) in Eugendorf bei Salzburg an. Im SN-Gespräch sagte Matschnig: „Man muss Visionen zur Haft haben. Sonst wären wir heute noch immer bei Wasser und Brot.“

Das Generalthema der Tagung, die bis heute, Freitag, dauert, lautet: „Jugendliche im Niemandsland. Herausforderungen für Jugendhilfe, Psychiatrie und Strafvollzug.“

Auslöser für die ganze Diskussion war, wie berichtet, im Mai vorigen Jahres ein schockierender Fall in der Abteilung für Jugendliche und junge Erwachsene in der Justizanstalt Wien-Josefstadt. Dort war es während der Einschlusszeit in einer Zelle mit vier Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren zu brutalen Übergriffen des Ältesten auf den Jüngsten gekommen. Seither läuft eine Diskussion über die aktuelle Situation in der U-Haft und Strafhaf für Jugendliche.

Die damalige Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) hatte „Sofortmaßnahmen“ verordnet (nur

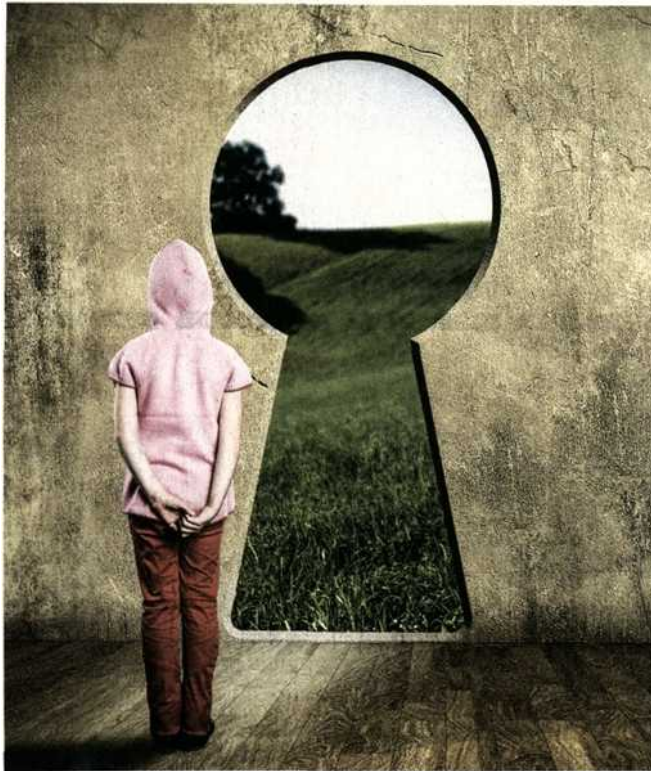


Bild: SN/APA

Nur die Gefährlichen gehören in Haft.

**Beate Matschnig,**  
Jugendrichterin, Wien

mehr zwei Jugendliche in einer Zelle, kürzere Einschlusszeiten) und eine Taskforce zu Maßnahmen im Jugendstrafvollzug eingerichtet. Ausgangspunkt für die Überlegungen war eine Initiative der Fachgruppe Jugendrichter in der Richtervereinigung, die U-Haft durch die Unterbringung in (teil)geschlossenen Wohngruppen zu ersetzen. Matschnig dazu: Es gebe bereits konkretes Interesse vonseiten der Trägervereine. Von



Jugendliche Straftäter: draußen, drinnen, wohin? Bild: SN/FOTOGESTOEBER · FOTOLIA

den vier, die es gibt, sei man mit zwei im intensiven Gespräch. Diese hätten ein Anbot an Justiz und Vollzugsdirektion gelegt.

„Eine betreute Wohngemeinschaft (WG) sollte nicht mehr als acht Bewohner haben. Es könnte auch zwei oder drei WG geben.“ Derzeit seien in Wien relativ wenige Jugendliche in Haft, 20 im Schnitt. Ein Großteil der Betroffenen sei 30 bis 40 Tage in U-Haft.

■ Matschnig: „Wir sagen: Es gibt nur einige wenige Fälle, wo Haft unvermeidlich ist, nämlich dort, wo Gefährlichkeit gegeben ist. Solche Jugendliche gehören aber nicht in ein Gefängnis, sondern in eine Spezialanstalt wie in Gerasdorf. Wenn man sich aber die Urteile in Jugendstrafsachen anschaut, stellt man fest: Viele bekommen teilbedingte Strafen, mit einem geringen Anteil an unbedingter Haft. Das sagt ja schon, dass hier keine Gefährlichkeit vorliegt. Also könnte der Betroffene auch woanders untergebracht werden als in Haft, eben in einer WG.“ Das gelte auch für die Vollzugsanstalt Gerasdorf. Matschnig

meint, dass von den rund 100 dort Untergebrachten ein Drittel auch in eine WG gehen könnte.

Und die Kosten? Matschnig: „Ein Tag in Haft kostet 100 Euro. Die WG ist nicht teurer.“ Derzeit befinden sich in Wien-Josefstadt etwa 20 Jugendliche und 50 junge Erwachsene zwar in einer eigenen Abteilung, aber unter demselben Dach mit Erwachsenen. Und aus ihren Haftvisiten weiß die Jugendrichterin: „Jugendliche und Erwachsene gehören nicht in dieselbe Anstalt.“

Rechtlich sieht sie kein Problem: Die Unterbringung von Straftätern in der WG würde per richterlicher Weisung erfolgen. Was aber tun mit strafunmündigen Tätern, wie jüngst mit einem Kreis von Taschendieben? Die Erfahrung lautet, dass sie ebenso schnell wieder aus einer Krisenintervention verschwinden, wie sie dorthin gebracht wurden. Matschnig: „Eine Herabsetzung der Strafmündigkeit im Gesetz wollen wir auf keinen Fall. Wer in einer Krisenintervention nicht haltbar ist, der sollte vom Pflegschafts-

richter in eine WG eingewiesen werden können.“ Das sähen die Familienrichter übrigens auch so.

Insgesamt sagt Matschnig zur derzeitigen Situation: „Es wird viel zu spät eingeschritten. Jeder weiß, wo es krankt. Aber keiner

Es fehlt an Alternativen für Grenzgänger.



**Kija-Anwältin Andrea Holz-Dahrenstaedt**

Bild: SN/KJA

tut etwas dagegen. Man schaut einfach zu, nach dem Motto ‚das hamma immer so gemacht‘ . . .“

■ Die Salzburger Perspektive bringt bei der JuQest-Tagung die Kinder- und Jugendanwältin Andrea Holz-Dahrenstaedt zu Gehör. Im SN-Gespräch spricht sie den Fall eines 15-Jährigen an, der wiederholt in Haft genommen wurde. „Wir haben derzeit Grenzgänger im sozialen Verschubbahnhof: Zwischen Jugendwohlfahrt, Jugendpsychiatrie und Gefängnis. Was fehlt, sind Alternativen.“

Was Holz-Dahrenstaedt konkret meint: Es fehlt an Einrichtungen, die schwierigen Jugendlichen mit komplexen Problemstellungen einen Halt geben könnten. Und deshalb würden solche Jugendliche zwischen den Polen „weggesperrt“ und „frei“ herum-schwirren. Da es in Salzburg keine derartigen sozialpädagogischen Institutionen gebe, würden problematische Jugendliche ins Ausland (z. B. Bayern) „verschickt“

Holz-Dahrenstaedt schlägt vor: Ausbau sozialpädagogischer Projekte. Man müsste bei jedem einzelnen solcher Jugendlichen fragen: Was tun wir mit ihm? Um das zu wissen, müsste ein Kinder- und Jugendpsychiater Anamnese stellen und die Diagnose entwickeln, um das richtige Angebot zu finden. Was sie sich darunter vorstellt? „Mit Fischern auf ein Schiff, in Kontakt mit männlichen Vorbildern. Oder zu sozialpädagogischen Pflegefamilien, etwa auf einen Bergbauernhof. Es darf nicht so starre Konzepte geben, wie: Ein Jugendlicher, der sich nicht an Regeln hält, fliegt raus.“

